

Antrag 001: Ein Verband mit Perspektive für migrantisierte Genoss*innen - statt einem Verband mit Barrieren.

Laufende Nummer: 1

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	O - Organisationspolitik

- 1 Adressat*innen: Juso Landeskonferenz
- 2 Als Jungsozialist*innen kämpfen wir seit Jahrzehnten für eine Gesellschaft, die
3 gleichberechtigt, integrativ und frei von Diskriminierung und Zwängen ist. Doch nicht
4 nur die gesellschaftlichen Verhältnisse stellen uns vor Herausforderungen. Auch
5 innerhalb unseres eigenen Verbands und der SPD bestehen Hürden, die einer
6 gleichberechtigten Teilhabe im Wege stehen.
- 7 Ein Blick auf unsere Strukturen zeigt, dass auch wir als Jusos Bayern die Realität
8 einer vielfältigen Gesellschaft bislang nicht ausreichend widerspiegeln. In Bayern
9 haben rund 26,7% der Menschen eine eigene oder familiäre Migrationsgeschichte. Dieser
10 Anteil ist bei jungen Menschen ist dieser Anteil deutlich höher. Zudem erleben viele
11 Menschen Diskriminierung, obwohl sie keine Migrationsgeschichte haben, etwa aufgrund
12 ihres Namens, Aussehens oder Glaubens. Sie werden migrantisiert - also
13 gesellschaftlich als „anders“ markiert.
- 14 Diese Erfahrungen sind geprägt von Kämpfen: gegen Diskriminierung, gegen Rassismus,
15 gegen kapitalistische Strukturen, für Anerkennung, für Teilhabe und für soziale
16 Gerechtigkeit. Diese Perspektiven und Erfahrungen fehlen aber allzu häufig in unseren
17 Reihen: als Mitglieder, in unseren Delegationen und vor allem in unseren Vorständen.
- 18 Diesen Missstand wollen wir nicht länger hinnehmen.
- 19 Im Vorstandsjahr 2024/25 haben die Jusos Bayern deshalb erstmals eine Vernetzung für
20 migrantische und migrantisierte Genoss*innen ins Leben gerufen. Damit verbunden ist
21 eine Ansprechperson im Landesvorstand sowie die Entwicklung organisatorischer und
22 inhaltlicher Maßnahmen. Ein zentrales Element dieser Arbeit ist der Aufbau eines
23 **Empowerment-Programms**.
- 24 Vor der Etablierung der genannten Vernetzung, haben sich die Genoss*innen Gedanken
25 über die Zusammensetzung des Vernetzungsraums gemacht. Im Rahmen mehrerer Debatten
26 kamen sie zum Schluss, die Bezeichnung der **Migra-Vernetzung** zu etablieren. Und von
27 sich selbst als migrantisierte Genoss*innen zu sprechen. Grund für diese Entscheidung
28 war die Weitläufigkeit der Bezeichnung Migra, mit der sich sowohl migrantische,
29 migrantisierte und geflüchtete Menschen angesprochen fühlen können. Damit sind
30 explizit auch Menschen mit eigenem oder familiärem Migrationshintergrund mitgemeint,
31 die in der Außenwahrnehmung als *weiße* Personen wahrgenommen werden, aber durch
32 Migration und Flucht oder generationsübergreifende Armut immer noch Diskriminierung
33 auf Arbeitsmarkt, Wohnungssuche oder in der Gesellschaft erleben. Beispiele hierfür
34 sind Menschen oder Familien mit slawischer Migrationsgeschichte. Die aufgrund von
35 Vorurteilen, historischen oder strukturellen Benachteiligungen wirtschaftlichen
36 Nachteilen ausgesetzt sind und häufiger im Niedriglohnsektor landen. In unserer
37 Migra-Vernetzung setzen wir uns daher mit Diskriminierung in wirtschaftlicher,

38 gesellschaftlicher, kultureller und politischer Hinsicht auseinander.

39 gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Sinne.

40 Im Rahmen mehrerer Debatten haben wir uns daher bewusst gegen den gängigen
41 politischen Ausdruck BIPOC (Black, Indigenous and People of Color) entschieden. Dabei
42 haben wir mehrfach festgestellt, dass uns dieser Begriff zu exklusiv erscheint -
43 sowohl im Hinblick auf seine Verständlichkeit im gesellschaftspolitischen Diskurs als
44 auch in Bezug auf die Ansprache von migrantisierten Genoss*innen.

45 Während dieser Auseinandersetzungen wurde deutlich, dass sich viele Genoss*innen mit
46 eigener oder familiärer Migrationsgeschichte und entsprechenden
47 Diskriminierungserfahrungen vom Begriff BIPOC nicht angesprochen fühlen. Dies
48 betrifft beispielsweise Menschen aus dem slawischen Raum, Jüd*innen, Personen aus
49 Vorder- und Zentralasien sowie vom Balkan, die wir ausdrücklich innerhalb unserer
50 Vernetzung willkommen heißen möchten. Auch sie sind von Prozessen der Migrantisierung
51 betroffen und erleben gesellschaftliche sowie wirtschaftliche Diskriminierung.

52 Die Hürden für politisches Engagement sind dementsprechend vielfältig. Genauso wie

53 Die Hürden für politisches Engagement sind dementsprechend vielfältig. Genauso wie

54 die Lebensrealitäten der betroffenen Genoss*innen. Dieser Antrag soll deshalb nicht
55 nur ein einmaliger Impuls sein, sondern die Grundlage für eine **dauerhafte,**
56 **strukturelle und inhaltliche Stärkung** migrantischer und migrantisierter Mitglieder
57 bilden. Es basiert auf den Perspektiven und Bedürfnissen der Migra-Vernetzung und
58 soll künftig weiterentwickelt und verstetigt werden.

59 **Kapitalismus, Migration und Familie.**

60 Politisches Engagement ist in vielerlei Hinsicht kostspielig: Zeitlich, emotional und
61 oft auch finanziell. Migrantische und migrantisierte Menschen sind davon besonders
62 betroffen. Sie gehören überdurchschnittlich häufig zu armutsgefährdeten
63 Bevölkerungsgruppen, müssen häufiger neben Ausbildung oder Studium arbeiten und
64 tragen öfter familiäre Verantwortung, etwa für Geschwister oder Angehörige. Diese
65 Realität ist kein Zufall, sondern Ausdruck eines kapitalistischen Systems, das
66 soziale Ungleichheiten zementiert.

67 Geflüchtete oder migrierte Menschen verfügen häufig über kein eigenes Vermögen oder
68 Eigentum. Sie haben erschwerten Zugang zu Bildungsangeboten oder kämpfen mit der
69 Anerkennung ihrer Abschlüsse. Dadurch geraten sie schneller in prekäre Beschäftigung,
70 den Niedriglohnsektor oder informelle Arbeitsverhältnisse. Dies macht diese Personen
71 nicht nur besonders anfällig für Ausbeutung und Diskriminierung, sondern ist genau
72 das die Ursache hierfür. Gleichzeitig erleben sie rassistische Hürden in Betrieben,
73 Behörden und im öffentlichen Raum.

74 Politisches Engagement erfordert jedoch genau das, woran es in diesen Lebenslagen oft
75 mangelt: Zeit, Wissen, Energie und Ressourcen. Um im Verband Fuß zu fassen, braucht
76 es ständige Präsenz, Fortbildung und Vernetzung. Das sind Voraussetzungen, die nicht
77 jede*r

78 es ständige Präsenz, Fortbildungen und Vernetzung. Das sind Voraussetzungen, die

79 nicht jede*r

80 erfüllen kann. Wer täglich strukturellen Hürden ausgesetzt ist oder mehr arbeiten
81 muss, kann sich kaum in dem Maße einbringen wie andere. Deshalb müssen wir als
82 Verband unsere Strukturen so gestalten, dass diese Realität nicht zu einem
83 Ausschlusskriterium für Kandidaturen, Teilhabe und Delegationen wird.

84 **Ein zentraler Hebel dafür ist Transparenz:**

- 85 • Intransparente Abläufe, unausgesprochene Erwartungen und informelle Netzwerke
86 müssen abgebaut werden. Stattdessen braucht es offene Kommunikation über
87 Zugänge, Fördermöglichkeiten und Abläufe. Diese Offenheit stärkt das Vertrauen
88 im Verband und schafft insbesondere für jene Genoss*innen Zugänge, die nicht
89 über die notwendigen Ressourcen, Kontakte oder das Vorwissen verfügen.

90 **Zudem erkennen wir die finanzielle, persönliche und familiäre Realität vieler**
91 **Genoss*innen an:**

- 92 • Wir setzen uns dafür ein, Vorleistungen bei Fahrtkosten weitestgehend zu
93 vermeiden und Erstattungen zu vereinfachen. Dafür werden wir regelmäßig mit dem
94 Büro und dem Ring Politischer Jugend nach Lösungen suchen.
- 95 • Teilnahmekosten für Veranstaltungen lehnen wir ab.
- 96 • Unsere Veranstaltungen sollen frei von Konsumzwang sein. Dies gilt insbesondere
97 bei Getränken und Abendgestaltungen. Denn gerade informelle Austauschformate am
98 Abend sind Teil politischer Vernetzung und Teilhabe und dürfen nicht vom
99 Geldbeutel abhängig sein. Insbesondere, wenn sie Teil der Veranstaltung und
100 Bewerbung sind.
- 101 • In Zusammenarbeit mit der SPD und dem Ring Politischer Jugend Bayern werden wir
102 prüfen, ob und inwieweit wir Kinderbetreuungen während unseren Veranstaltungen
103 anbieten können.
- 104 • Wir wollen stärker für das Thema Drogen (Alkohol und Cannabis) auf unseren
105 Veranstaltungen sensibilisieren. Die Abendgestaltung soll nicht von Konsum
106 dominiert werden. Während der inhaltlichen Phasen auf Kongressen und Konferenzen
107 findet kein Konsum von Drogen (Alkohol und Cannabis) statt. Auch informelle
108 Veranstaltungen ohne Alkohol wollen wir ermöglichen, damit wir gläubigen
109 Menschen aber auch Menschen die selber oder im näheren Umfeld von Sucht
110 betroffen waren, unseren Verband als Safer-Space wahrnehmen können.

111 **Antirassismus.**

112 Kaum ein Thema ist derzeit so präsent wie Flucht, Asyl und Migration. Doch die
113 gesellschaftlichen Debatten darüber sind zunehmend geprägt von Rassismus,
114 populistischen Parolen und menschenfeindlicher Rhetorik. Geflüchtete werden
115 entmenslicht, Migrant*innen systematisch *in Medien, Politik und Alltag*
116 stigmatisiert. In diesen Zeiten braucht es uns als Jungsozialist*innen mehr denn je.

117 Die aktuelle Eskalation in der Asyl- und Migrationsdebatte verändert nicht nur die
118 politische Landschaft, sondern auch das Lebensgefühl vieler Menschen in diesem Land.
119 Rassistische Vorfälle nehmen zu. Die politischen Parteien überbieten sich mit
120 Forderungen nach mehr Abschiebungen, repressiven Maßnahmen und entrechtenden

121 Gesetzen. Die Sprache wird roher. Die Realität gefährlicher. Für viele migrantische
122 politische Landschaft, sondern auch das Lebensgefühl vieler Menschen in diesem Land.
123 Rassistische Vorfälle nehmen zu. Die politischen Parteien überbieten sich mit
124 Forderungen nach mehr Abschiebungen, repressiven Maßnahmen und entrechtenden
125 Gesetzen. Die Sprache wird roher und die Realität gefährlicher. Für viele
126 migrantische und migrantisierte Menschen bedeutet das ein wachsende Unsicherheit und
127 Angst vor Anfeindung sowie Gefahr von Diskriminierung oder gar Abschiebung. Wir sehen
128 auch, dass die Migrationspolitik der SPD für migrantische und migrantisierte
129 Mitglieder eine besondere Belastung ist. Sie sind gezwungen, als Mitglieder eine
130 Politik zu unterstützen, die ihnen oft selbst die Flucht oder Migration unmöglich
131 gemacht hätte und für sie und ihre Familien schwerwiegende negative Auswirkungen
132 gehabt hätte oder gar hat.

133 **Als Jusos Bayern ist es unsere Aufgabe, dem eine klare Vision entgegenzustellen:** Wir
134 brauchen wieder eine lautstarke, solidarische und progressive Positionierung in der
135 Migrations- und Asylpolitik jenseits der menschenunwürdigen Diskurse.

136 Doch diese Arbeit darf nicht allein auf den Schultern der betroffenen Genoss*innen
137 lasten.

138 Es ist eine gesamtverbandliche Aufgabe, sich für Menschenrechte, Teilhabe und
139 Solidarität einzusetzen. Dabei muss uns bewusst sein: Es ist weder fair noch
140 politisch klug, betroffene Menschen in die Rolle der Erklärenden oder
141 Repräsentierenden zu drängen. Insbesondere dann nicht, wenn sie andere politische
142 Schwerpunkte setzen möchten. Solidarität bedeutet auch, Räume zu schaffen, in denen
143 Betroffene nicht *müssen*, sondern *dürfen* und in denen andere aktiv Verantwortung
144 übernehmen. Speziell auch privilegierte Menschen die persönlich oder familiär nicht
145 von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen sind.

146 Es reicht nicht, nur gegen Rassismus zu sein. Wir müssen explizit antirassistisch
147 sein. Das heißt, dass wir uns nicht nur gegen Diskriminierung sondern darüber hinaus
148 für gleiche Rechte und Chancen für alle einsetzen.

149 **Daher werden wir als Verband weiter an unserer antirassistischen Arbeit festhalten**
150 **und neue Räume entwickeln:**

- 151 • Wir halten an unseren bisherigen Bemühungen der Migra-Vernetzungen,
152 antirassistischen Bildungsangeboten und der Mitwirkung auf Bundesebene fest.
- 153 • Ein antirassistischer Verband ist nur mit kontinuierlicher Lernarbeit und
154 Selbstreflexion, von vor allem *weißen* Genoss*innen, möglich. Wir werden über
155 antirassistische Lern- und Reflexionsrunden auf Wochenenden und wahlweise
156 eintägigen Veranstaltungen diskutieren. Wir werden auch Reader oder
157 existierendes Material für die Weiterbildung und Selbstreflexion sammeln. Die
158 genaue Umsetzung werden wir gemeinsam mit allen Genoss*innen erarbeiten.
- 159 • Migration, Asyl und Rassismus müssen auch von nicht-migrantisierten Menschen
160 Beachtung finden. Wir werden die Themen daher allen Genoss*innen durch unsere
- 161 • Bildungsarbeit näher bringen und zur aktiven Mitarbeit motivieren.
- 162 • Bildungsarbeit näher bringen - und zur aktiven Mitarbeit motivieren.
- 163 • Die Realität von Rassismus betroffenen Menschen wird auch in unserer

164 Bildungsarbeit zu oft vernachlässigt. Deshalb werden wir bei allen politischen
165 Bildungsangeboten die antirassistischen Viertelstunde einführen, um
166 sicherzustellen, dass alle Themen auch aus dieser Perspektive behandelt werden,
167 neue Gedankengänge angestoßen werden und alt bekannte Themen reflektiert werden.

168 **Repräsentation.**

169 **Als Jusos Bayern erkennen wir an: Repräsentation schafft Zugänge.** Personen aus
170 migrantischen und migrantisierten Gemeinschaften fühlen sich eher ermutigt, sich
171 einzubringen, wenn sie sehen, dass Personen mit ähnlicher Geschichte bereits Teil der
172 Strukturen sind. Fehlende Repräsentation wirkt jedoch abschreckend und kann das
173 Gefühl vermitteln, dass man nicht dazugehört oder man sich erst beweisen muss.

174 **Als Jusos Bayern erkennen wir an: Repräsentation schafft Zugänge.** Personen aus
175 migrantischen und migrantisierten Gemeinschaften fühlen sich eher ermutigt, sich
176 einzubringen, wenn sie sehen, dass bereits Personen mit ähnlicher Geschichte bereits
177 Teil der Strukturen sind. Fehlende Repräsentation wirkt jedoch abschreckend und kann
178 das Gefühl vermitteln, dass man nicht dazugehört oder man sich erst beweisen muss.
179 Repräsentation ermutigt den Einzelnen, sich zu beteiligen und somit unseren Verband
180 mit neuen Perspektiven zu bereichern. Damit fließen eben jene Perspektiven einer
181 stetig wachsenden Bevölkerungsgruppe, die unsere Gesellschaft längst mitprägt, in
182 unsere Arbeit ein.

183 Repräsentation darf dabei nicht nur auf Bildern oder Social-Media-Posts stattfinden,
184 sie muss tatsächlich gelebt werden: In den Gremien, bei Wahlen und in der
185 alltäglichen

186 sie muss tatsächlich gelebt werden: In den Gremien, bei Wahlen und in der
187 alltäglichen Arbeit vor Ort. Genoss*innen mit eigener oder familiärer
188 Migrationsgeschichte sind nämlich oft Pioniere. Sie sind die ersten oder einzigen am
189 Tisch, schaffen Vertrauen, senken Hürden, geben Orientierung und stehen für Fragen
190 zur Verfügung, die andere im Verband nicht so einfach beantworten können.

191 Das beste, Repräsentation wirkt doppelt: Sie ermutigt Einzelne zur Beteiligung und
192 bereichert den Verband mit neuen Perspektiven – Perspektiven einer wachsenden
193 Bevölkerungsgruppe, die unsere Gesellschaft längst mitprägt. Gleichzeitig ist uns
194 aber bewusst, dass Menschen mit Migrationsgeschichte keine einheitliche sind und sich
195 ihre Erfahrungen teils massiv unterscheiden, jedoch kämpfen viele mit sehr ähnlichen
196 (strukturellen) Herausforderungen.

197 **Als Verband nehmen wir diesen Auftrag ernst:** Wir benennen die strukturellen Probleme,
198 erkennen die Unterrepräsentation an und reflektieren unsere Gremien und Vorstände
199 kritisch.

200 **Unser Ziel ist klar: Langfristig sollen unsere Strukturen die gesellschaftliche**
201 **Realität Bayerns besser widerspiegeln.** Dazu hinterfragen wir die bisherige Praxis der
202 Personaldebatten, Nominierungen und Delegationen. Gleichzeitig fördern wir das
203 Vertrauen unter Genoss*innen, um auch (vermeintlich) unerfahrenen sowie neuen
204 Mitgliedern Chancen in Vorständen und Delegationen zu geben.

205 Wir beginnen damit, einen stärkeren Einfluss auf die Auswahl von migrantisierten

206 Genoss*innen für Gremien und Delegationen zu nehmen. Dazu führen wir ab sofort bei
207 den Auswahlprozessen für den Landesvorstand sowie für die Delegationen zum
208 Bundesausschuss und Bundeskongress eine freiwillige Selbstidentifikation ein. Dabei
209 besteht die Möglichkeit, sich selbst als Migra/BIPoC-Person zu benennen, damit diese
210 Personen innerhalb unserer Prozesse gezielter und besser berücksichtigt werden
211 können.

212 **Wollen und brauchen wir eine Quote?**

213 Die fehlende Repräsentation von Migras führt in zahlreichen Gremien und Gruppen zu
214 Diskussionen rund um die Einführung einer Quote. Auch unsere bayerische Migra-
215 Vernetzung hat sich mit der Frage auseinandergesetzt. In der Diskussion zur Frage
216 einer Quote für migrantisierte Menschen in den Verbandsstrukturen von Landes- bis
217 Bundesebene ist man aber zu keiner abschließenden Empfehlung gekommen. Es wurde daher
218 entschieden, Teile der Debatte wiederzugeben und anhand dieser Eckpunkte eine offene
219 und faire Debatte auf der Landeskonferenz zu führen und die Beschlussempfehlung auf
220 die Landeskonferenz im Frühjahr 2026 zu vertagen. Die bisherige Diskussion verläuft
221 an folgenden Punkten:

222 Ein wesentlicher Teil der Debatte drehte sich um die Frage, wen eine Quote überhaupt
223 betreffen soll. Dabei standen unterschiedliche Ansätze zur Diskussion: Orientierung
224 an der Selbstbezeichnung (Migra oder BIPoC), Nutzung offizieller Definitionen des
225 Statistischen Bundesamts oder mehrteilige Kriterien, wie sie etwa im Berliner
226 Partizipations- und Migrationsgesetz vorgesehen sind.

227 Deutlich wurde zugleich, dass aktuell nur sehr wenige migrantisierte Personen in den
228 Strukturen vertreten sind. Dies führt dazu, dass einzelne Personen in mehreren
229 Gremien und Delegationen aktiv sein müssen, wodurch Überlastung entsteht und Aufgaben
230 übernommen werden, die nicht immer den eigenen Interessen entsprechen. Eine Quote ab
231 der Landesebene könnte dazu führen, dass dieses Phänomen noch weiter verstärkt wird.

232 Ein weiterer Diskussionspunkt war die Form der Quote: Während manche eine informelle
233 Quote für praktikabler halten, wurde betont, dass ein so tiefgreifender struktureller
234 Eingriff nur durch transparente Debatten auf der Landeskonferenz oder dem
235 Bundeskongress beschlossen werden sollte. Intransparente Absprachen in kleineren,
236 nicht legitimierten Runden könnten hingegen Misstrauen und Unzufriedenheit
237 verstärken.

238 Gegen eine Quote spricht auch die ungleiche regionale Verteilung migrantischer
239 Bevölkerung, sowohl innerhalb Bayerns als auch im gesamten Bundesgebiet. Anders als
240 bei der Frauenquote, die auf einer flächendeckenden 50-Prozent-Basis basiert, handelt
241 es sich bei migrantisierten Menschen um eine Minderheit, was eine direkte Übertragung
242 des Modells erschwert.

243 Trotzdem wiegt das Argument schwer, dass wir eine gravierende Unterrepräsentation von
244 Migras haben. Eine Quote könnte den Aufbau von Strukturen und gezielten
245 Fördermechanismen anstoßen. Langfristig könnte die Quote durch Förderung und bessere
246 Strukturen sogar überflüssig werden.

247 Letztendlich wurde die Quote daher als ein mögliches Instrument anerkannt, um
248 bestehende Strukturen aufzubrechen und Veränderungsprozesse anzustoßen. Trotzdem hat
249 sich die Vernetzung uneinig in ihrer Debatte gezeigt, da noch zahlreiche Fragen und

Probleme unbeantwortet sind, die sowohl die rechtlichen, strukturellen und organisatorischen Machbarkeiten betreffen. Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob eine Quote mehr Probleme schaffen als lösen würde.

Der Landesvorstand wird daher beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Migra-Vernetzung, der AG Migration und Vielfalt, externen Akteur*innen sowie nahestehenden Organisationen bis zur nächsten Landeskonferenz im Frühjahr 2026 eine umfassende Analyse zu erarbeiten, ob und in welcher Form eine Quote, sei es in der Form einer Selbstverpflichtung oder in der Satzung festgeschrieben, im Landesverband eingeführt werden könnte. Sollte sich im Verlauf dieser Analyse, unter Berücksichtigung rechtlicher, struktureller und organisatorischer Aspekte, eine Quote als sinnvoll und umsetzbar erweisen, ist der Landesvorstand verpflichtet, eine entsprechende Beschlussvorlage vorzulegen. Grundlage dieser Analyse bilden die bereits im Verband geführten Diskussionen.

Präsenz und Unterstützung.

Als Parteimitglieder tragen wir besondere Verantwortung für politische Aktionen und Wahlkämpfe. Oft meidet die SPD Stadtteile mit hohem Ausländer- und Armutsanteil. Dort finden weder Haustürwahlkampf noch Plakatierungen statt. Gerade diese Stadtteile brauchen jedoch unsere Aufmerksamkeit, denn viele Menschen dort sind auf sozialdemokratische Antworten wie gute Arbeit, faire Löhne und Mitbestimmung angewiesen. Ihre Vernachlässigung führt zu Enttäuschung, sinkendem Vertrauen in die Demokratie und wachsender Offenheit für antidemokratische Kräfte.

Statt uns aus strategischen Gründen zurückzuziehen, müssen wir aktiv in diese Bezirke gehen und mitbestimmen, wo und wie Wahlkampf vor Ort stattfindet. Konkret wollen wir:

- Gezielte Aktionen in Stadtteilen, die eher migrantisch geprägt sind. Das muss nicht nur für uns als Jusos, sondern auch auf die SPD gelten, auf die wir vor Ort Einfluss nehmen müssen und auch werden.
- Vor Ort Präsenz zeigen und ein offenes Ohr für die Menschen haben. Außerdem müssen Wahlkampfaktionen auf Menschen angepasst und geplant werden. Dies gilt ebenso für Flyeraktionen und Plakatierungen.
- Unser Angebot an die Bedürfnisse vor Ort ausrichten. Sowohl bei den Themen als auch Sprachen: Wir werden daran arbeiten, unsere Juso-Flyer und Werbematerialien auch in weiteren Sprachen zur Verfügung zu stellen. Das muss auch von der SPD eingefordert werden.
- Die Ansprechperson für die Migra-Vernetzung im Landesvorstand soll stärker als Ansprechperson für alle Jusos in Bayern zur Verfügung stehen, um genannte Aktionen besser zu betreuen.

Intersektionalität und Feminismus.

Unter Intersektionalität verstehen wir das Problem, dass Menschen aufgrund mehrerer Faktoren unter verschiedenen Diskriminierungsformen leiden. Dabei zählen Merkmale wie Geschlecht, Aussehen, Glaube, Armut und Behinderung. Die dabei neu entstehende Diskriminierungsform ist für die Betroffenen schwerwiegender und individuell. Als Verband, der das Ziel von Inklusivität (also gleichberechtigter Teilhabe) hat, muss

es unsere Pflicht sein, auch Mehrfachdiskriminierungen zu bekämpfen. Wir beleuchten daher hier die Themen Queerness und Feminismus aus Sicht von migrantisierten Menschen. Das Thema Inklusion gestalten wir auf einem der kommenden Bundesprojekte mit.

Queerfeminismus

Die Situation von migrantisierten Frauen und TINA-Personen (Trans-, Inter-, nicht-binären und agender Personen) ist sowohl in der Gesellschaft als auch in unserem Verband besonders herausfordernd. Neben Sexismus und Queerfeindlichkeit stehen sie unter dem ständigen Druck, auf Rollenbilder reduziert oder anhand ungleicher Kriterien beurteilt zu werden.

Als Verband müssen wir diesen Problemen gezielt begegnen, da die Repräsentation von migrantisierten Frauen in politischen Strukturen und Gremien nach wie vor katastrophal ist. Dafür werden wir konkret:

- innerhalb unserer Vernetzungs- und Reflexionsräume die Perspektiven von Migration, Rassismus und Feminismus stärker berücksichtigen und ihnen gezielt Raum geben,
- migrantisierte Frauen und TINA-Personen stärker für Delegationen und Bundesprojekte berücksichtigen und zur aktiven Teilnahme motivieren,
- auf Kongressen und Veranstaltungen verstärkt inhaltliche Angebote zu Queerfeminismus schaffen und mehr migrantisierte Referent*innen einladen,
- den Austausch mit migrantisch-feministischen Organisationen ausbauen,
- und weiterhin entschieden gegen Antifeminismus und Rassismus kämpfen - ohne unseren inhaltlichen Schwerpunkt als Jusos aufzuweichen, unabhängiger jeglicher gesellschaftlicher oder politischer Trends

Sprache und Verständnis.

Sprache ist Macht. Sie kann Türen öffnen oder verschließen. Wer Strukturen verändern will, muss deshalb auch seine Sprache verändern.

Für uns Jusos Bayern heißt das: Unsere Kommunikation soll verständlich, inklusiv und bestärkend sein. Politische Sprache darf keine Barriere sein. Zu oft schrecken komplizierte Formulierungen, Fachbegriffe oder Abkürzungen Menschen ab, die sich politisch engagieren wollen. **Wir wollen deshalb klare Begriffe, nachvollziehbare Informationen und transparente Prozesse. Politik muss für alle zugänglich sein – nicht nur für Insider:**

- Wir verpflichten uns, diskriminierende oder rassistische Begriffe konsequent zu vermeiden und uns kritisch mit unserer eigenen Sprachpraxis auseinanderzusetzen.
- Als Verband nehmen wir den Auftrag mit, dass wir unsere Sprache inklusiver gestalten müssen. Das heißt: Keine unnötigen Fachbegriffe, Abkürzungen oder Codes.
- Wir werden stärker die Bedürfnisse von migrantisch und migrantisierten Menschen adressieren, sie stattdessen nur "mitzumeinen". Sowohl inhaltlich als auch sprachlich bei unseren öffentlichen Auftritten.

- Selbstbezeichnungen werden bei uns respektiert. Wir sprechen daher bei uns Jusos Bayern von einer Migra-Vernetzung und nicht von einer „BIPOC-Vernetzung“.
- Wir erkennen an, dass wir als Verband aber auch unsere einzelnen Mitglieder kontinuierlich dazu lernen. Dazu gehört auch eine Kultur, die Lernen fördert, statt „fehlerhaftes“ Verhalten zu verurteilen.

Vernetzung und Bestärkung.

Das Vernetzungsangebot der Jusos Bayern für migrantische und migrantisierte Genoss*innen ist ein wichtiger Schritt, um Austausch, politische Arbeit und gegenseitige Stärkung zu ermöglichen. Diese Angebote fördern politische Identität, Solidarität und inhaltliche Auseinandersetzung.

Wir wollen gezielt in den Ausbau investieren: Empowerment-Angebote zu Rhetorik, sicherem Auftreten, Identitätsarbeit und Selbstwert sollen migrantische Genoss*innen stärken. Gleichzeitig prüfen wir, wie Vernetzungsarbeit stärker in Landeskonferenzen und anderen Veranstaltungen eingebunden werden kann, um Sichtbarkeit und Wirkung zu erhöhen.

Empowerment ist jedoch gesamtverbandlich: Sensibilisierung für alle Mitglieder ist nötig, damit solidarische Räume entstehen. Kongresse zu Antirassismus und Reflexions- und Lernräume sind dafür zentrale Bausteine.

Am Ende hilft es uns allen.

Transparente Strukturen, verständliche Kommunikation, barrierearme Veranstaltungen und gezielte Unterstützung – all das wollen wir umsetzen. Diese Maßnahmen kommen nicht nur migrantischen Genoss*innen zugute, sondern machen unseren Verband insgesamt gerechter, solidarischer und lebensnaher.

Die Ursachen der Ausgrenzung liegen u.a. in tiefgreifenden strukturellen Ungleichheiten: kapitalistische Zwänge, Leistungsdruck und Konkurrenzdenken betreffen Gesellschaft und Verband gleichermaßen. Wer gesellschaftlich für Gerechtigkeit kämpft, muss auch den eigenen Raum kritisch hinterfragen und verändern.

Ob geflüchtet, alleinerziehend, armutsbetroffen oder behindert – viele erleben politische Räume als ausgrenzend. Strukturelle Verbesserungen nützen allen, stärken den Verband und brauchen das Engagement von uns allen. Das gilt auch für dich, die Person, die gerade diesen Antrag liest. Ein gerechterer Verband stärkt uns alle. Und er braucht uns alle, um Wirklichkeit zu werden.